Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zustellung mehrfach und in allen Filialen erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: In Dresden monatlich 2.30 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion: Hüterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18694 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreise: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Hüterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 17. Dezember 1929 — Nummer 292

Fleißner gegen das Hilferding-Programm?

Ein sensationeller Oppositionsartikel in der Volkszeitung — Das Hermann-Müller-Programm als Programm des Bürgertums entlarvt!

In der eigenen Schlinge gefangen

Fleißner stimmte nicht gegen die Regierung!

by Dresden, den 17. Dezember.

Wenn die besondere Mission der „linken" Sozialdemokratie in ihrem wichtigsten Parteiblattern zum Ausdruck kommen soll, wird, aller Gewohnheit gemäß, Hermann Fleißner verpflichtet, einen neuen Dreh, eine neue „Wendung" mit Tinte und Feder zu proklamieren um — alles seinen alten Gang weiterziehen zu lassen. Jetzt aber scheint es ganz plötzlich „ernst" zu werden.

„Ernst"? — Allerdings: Im Reichstag haben der sozialdemokratische Kanzler und der sozialdemokratische Finanzminister ihr Sofortprogramm vorgelegt und eine einheitliche Front hergestellt, die 222 Stimmen auf ein Programm vereinigt und „alle Schichten des Volkes" umfaßt, vom „Freigewerkschaftler" bis zum schwerindustriellen Kapitalisten. Ein wahrhaft erhebendes Beispiel für alle „Volksgenossen" — dieses Auftreten der Auserwählten im Reichsparlament.

Und wie schön hat der sozialdemokratische Herr Reichskanzler gesprochen. Er fand frohe Weihnachtsworte für die in Deutschland so furchtbar auftretende Not der deutschen Unternehmer, Großkapitalisten, Börsenjobber, Großagrarier — kurz, für den notleidenden besten Teil des deutschen Volkes. Und überströmend vor Loyalität gegenüber dem in- und ausländischen Kapital und seinen Wächtern rief der „Arbeiterführer" Hermann Müller:

„Der Herr Reichspräsident hat nun in seinem Memorandum mit starker Betonung, aber — wie ich feststellen muß — in voller Uebereinstimmung mit der Reichsregierung darauf hingewiesen, daß eine der Voraussetzungen für die Annahme des Youngplanes die Ordnung der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik ist mit dem Ziele, die Wirtschaft an den Erleichterungen des Youngplanes teilnehmen zu lassen."

Und weiter fuhr der brave Mann, der das Kapital aus Sturm und Wellengang zu retten bemüht ist, seine „Regulierungsmaßnahmen" zu begründen fort. Diese „Regulierung" ist kompliziert, aber eindeutig:

> Jungplan: 1850 Millionen Steuersenkung, davon im ersten Jahr bereits 615 Millionen, von diesen als direkte Geschenk an Besitzende mindestens 800 Millionen, und zum Ausgleich — Massensteuern in Gestalt der Erhöhung von Bier- und Tabaksteuern um 400 Millionen.

Das ist doch ein wunderbares Arbeitsprogramm! Und wie schön, wie nett hat Hermann Müller dieses kleine Rechenkunststück erklärt:

„Bei oberflächlicher Betrachtungsweise möchte es seltsam erscheinen, daß die Reichsregierung dem hohen Hause somit vorschlägt, auf der einen Seite Steuern zu senken, aber auf der anderen Seite beträchtliche Steuererhöhungen vorzunehmen. Wenn bei Gelegenheit der Erledigung des Youngplanes auch das deutsche Steuerwesen auf eine gesunde Basis gestellt werden soll, kann an Bier und Tabak nicht vorbeigegangen werden, deren Besteuerung ... zugegebenermaßen im Laufe der Jahre außerordentlich zurückgeblieben war ...

Die Reichsregierung hat sich das Ziel gesetzt, der notleidenden deutschen Wirtschaft die notwendigen neuen und starken Impulse zu geben. Die Reform soll vor allem die erforderliche Kapitalneubildung fördern."

Wie verbindlich, wie sympathisch klingen diese Worte — für die deutschen Unternehmer und so ist es auch verständlich, warum sie trotz ursprünglich höherer Forderungen dieses Programm einstweilen als Weihnachtsgabe gern hinnehmen und dem netten Kanzler ihre Stimme nicht versagen.

Und so wäre alles schön und gut, wenn nicht ... die werktätige Bevölkerung

eine andere Meinung

von der ganzen Geschichte hätte. Dieser übergroße Teil des „deutschen Volkes" hat nämlich den Eindruck gewonnen, als der Herr Reichskanzler die Not ein wenig durch die vom Kanzler bestellte Brille bei den Unternehmern gesehen hat, und sie hat nichts wissen von der Not der Erwerbslosen, der durch die Rationalisierung ausgemerzten Proletarier, der Bauernbund nichts weiß von dem Elend des Kleinrentnerproletariats, der mit knurrendem Magen liebedienern muß, wenn er den im Auto vorfahrenden Herrschaften, von der Not ihrer Beamten, der Hausbesitzer, des kleinen Kaufmanns, dem Daten die Arbeitslosigkeit liefert.

Aber niemals würde man das verstehen, denn die Herren Müller, Hilferding, Wissell und Severing, was haben sie denn alle von dieser Not? Seit Jahr und Tag drücken sie sich in den glänzenden Gesellschaften der Fourneaille herum, neigen sich vor den Juwelen der Millionenweiber, leeren die Sektgläser auf das Wohl eines Ausbeuters nach dem anderen, und die wenigen Schritte, mit denen sie das Straßenpflaster betreten, sind ja die vom Auto in das prächtige Gebäude, vor dem sie vorfahren. Und diese Schritte werden sorgfältig bewacht von einer Gruppe Spitzel, die die Spitzen der Regierung zu schützen haben vor „unliebsamen" Zwischenfällen... Denn ein reines Gewissen haben die Herren nicht, besonders ihren Parteigenossen gegenüber nicht — denn noch sind Tausende und aber Tausende Arbeiter in dieser Partei, die allerdings vollkommen von korrupten Strebern nach Staatspolten, Bürokraten, Staatsbeamten und Kleinbürgern beherrscht wird, aber die noch von Tradition lebt und viele ehrliche Proleten ideologisch und organisatorisch gefesselt hält in ihrem Bann.

Und auch diese Arbeiter beginnen, unter dem Druck der sich bildenden Gewitterstimmung in den Betrieben und Stempelstellen kritisch Stellung zu nehmen, und deutliche Symptome werden bereits sichtbar. Eine Meldung der bürgerlichen Telunion teilt mit:

„Die Berliner Funktionäre der SPD gegen das Finanzprogramm der Regierung

TU. Berlin, 16. Dezember. Wie der „Vorwärts" berichtet, hat die Funktionärversammlung der SPD Berlin nach längerer Aussprache eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Funktionärversammlung in dem von der Reichsregierung geplanten Finanzprogramm eine erneute Belastung der deutschen Arbeiterklasse erblicke. Sie fordere von der Reichstagsfraktion, im Kampf um die Lastenverteilung alle Kraft für die Bekämpfung der Steuerforderungen einzusetzen, welche die Kaufkraft der breiten Massen einschränkten. Eine weitere Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung liege nur dann im Interesse des arbeitenden Volkes, wenn es gelinge, die Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der bürgerlichen Parteien abzuwehren, die sich gegen die Arbeiterklasse richteten."

Diese Meldung zeigt jedoch nicht nur, daß die Rebellion der SPD-Arbeiter offen zutage tritt, sondern zeigt auch die bereits einsetzende raffinierte Gegenaktion der geheimen Agenten des Parteivorstandes in den Reihen der SPD-Proleten. Es sind die „linken" Führer, die wieder ihren „radikalen" Sirenengesang ertönen lassen, um noch „Opposition" gegen den

(Fortsetzung 2 Seite.)

Hinein in die KPD!

Am Sonnabend, dem 21. Dezember, spricht Genosse Thälmann im Städt. Ausstellungspalast

Genosse Thälmann begrüßt im Auftrag des ZK Tausende neue Berliner Parteimitglieder in einer grandiosen Kundgebung im Zirkus Busch.

Die Massenausplünderung perfekt

Millionengeschenke für den Reemtsma-Konzern

Tabaksteuererhöhung — Erhöhung der Erwerbslosenversicherungsbeiträge

Berlin, 17. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die gestrigen Verhandlungen der Müller-Hilferding-Regierung mit den Führern der Regierungsparteien, zu denen auch Reichsbankpräsident Schacht hinzugezogen wurde, haben insoweit zu einer Einigung geführt, daß das Sofortprogramm noch vor Weihnachten verabschiedet werden soll. Das Tabaksteuergesetz soll bis 31. 3. 1931 und das Gesetz über die Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung soll bis 30. Juni 1930 gelten. Die Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Tabaksteuer enthält gleichzeitig die Bestimmung, daß der Zigarettenkonzern Reemtsma-Neuerburg zu einem staatlich konzessionierten Privatmonopol gemacht wird. Die sozialdemokratische Fraktion setzte sich mit aller Schärfe für die Monopolisierung des Zigarettenhandels ein, um dem mit 200 bis 300 Millionen Mark Tabaksteuer subventionierten (d. h. staatliche Zuschüsse) Konzern das private Zigarettenmonopol gesetzlich zu garantieren. Es ist klar, daß der Reemtsma-Konzern, sobald er erst das Zigarettenmonopol besitzt, den Verbrauchern die Preise nach Belieben diktieren wird. Schon jetzt wird bekannt, daß nach der Monopolisierung des Zigarettenhandels die Zigarettenpreise heraufgesetzt werden, was eine neue Belastung der Verbraucher um einige hundert Millionen Mark ausmachen wird.

Die verlogene Behauptung von den zerrütteten Reichsfinanzen ist ganz offensichtlich aufgestellt, um den zynischen Feldzug Hilferdings gegen die Werktätigen zu rechtfertigen. In Wirklichkeit verlangen die Trustmagnaten, daß außer den Youngtributen auch für sie ein gutes Geschäft aus der Massenplünderung wird. Die SPD, der ADGB sind Teilhaber und Nutznießer dieses Geschäfts, deshalb ihr besonderer Eifer bei dem Betrug an den Massen. Es wird jedoch nicht lange mehr möglich sein, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

„Erfolge" sozialdemokratischer Politik

Gaspreiserhöhung — Wasserpreiserhöhung — Erhöhung der Verkehrstarife

Berlin, 17. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Der Berliner Magistrat hat in einer außerordentlichen Sitzung mit den Stimmen aller Parteien gegen die der Kommunisten beschlossen, den Gaspreis um 2 Pf. pro Kubikmeter, den Wasserpreis um 5 Pf. und den Strompreis um 4 Pf. pro Kilowattstunde zu erhöhen. Außerdem werden die Verkehrstarife für Autobus, Untergrund- und Straßenbahn von 20 auf 25 Pf. erhöht. Am 1. Januar 1930 soll die Tariferhöhung in Kraft treten. Dieser Beschluß wurde gefaßt, ohne die Stadtverordnetensitzung darüber zu befragen. Er ist eine Auswirkung der Hilferding'schen Finanzpolitik, die die Gemeinden „verselbständigen" soll. Diese Verselbständigung ist in Wirklichkeit aber die Entkommunalisierung der städtischen Werke und die Einführung der Kopfsteuer und die erhöhte Besteuerung der breiten Massen.

Berlin bleibt nicht allein. In allen Gemeinden werden die bürgerlich-sozialdemokratischen „Real"politiker mit ähnlichen Maßnahmen an die Oeffentlichkeit treten und mit der Begründung Brüstcheins: „Keine Ausgaben ohne Deckung", die Massenausplünderung betreiben. Die Kommunisten müssen die Massen in jedem Falle die werktätigen Massen gegen diese reaktionären Pläne mobilisieren. Die Sanierung der Gemeindefinanzen auf Kosten der Werktätigen ist in Wirklichkeit die Eintreibung der Youngtribute, gegen die sich die Massen energisch wehren müssen.